

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verleger: Dr. Friedrich Bredem
Herausgeber: Dr. Friedrich Bredem
Redaktion: Dr. Friedrich Bredem
Vertrieb: Dr. Friedrich Bredem

Verleger: Dr. Friedrich Bredem
Herausgeber: Dr. Friedrich Bredem
Redaktion: Dr. Friedrich Bredem
Vertrieb: Dr. Friedrich Bredem

Verleger: Dr. Friedrich Bredem
Herausgeber: Dr. Friedrich Bredem
Redaktion: Dr. Friedrich Bredem
Vertrieb: Dr. Friedrich Bredem

Genf in Erwartung des Reichsfinanzministers

Abrüstungskongress in Permanenz?

Von unserem nach Genf entsandten W.-H.-Sonder-Berichterstatter

Genf, 5. Februar. „Das wird das einzige Schwert bleiben, das hier zerbrochen wird“, meinte gestern hier ein guter Kenner des Völkerverbandes, als er die Abrüstungswünsche der Stadt Genf betrachtete, auf der ein zerbrochenes Schwert mit einem Palmenzweig zu sehen ist, und es ist in der Tat nicht schwer, schon heute diesen Ausgang vorauszusehen. Wie man dort, ist man

auch in amerikanischen Delegationskreisen schon völlig skeptisch

geworden, und von italienischer Seite wird sogar anscheinend schon ein Rückzugsweg für die Konferenz auf alle Fälle vorgesehen. Die Konferenz habe sich, so kann man in diesen Kreisen hören, von vornherein ab zu erkennen. Der Konventionentwurf vom Dezember 1930 sei schon deshalb eine ganz unmögliche Basis für die praktische Arbeit, weil er eine Summe von Streitfragen aufzähle, von denen auch nicht eine in absehbarer Zeit lösbar sei.

Man werde also schließlich wohl doch auf die einzige Frage der Budgetbeschränkung oder weiterer Rüstungsbeschränkungen zurückkommen.

Nicht weil dieser Ausweg unzulänglich sei, sondern weil vielleicht nichts anderes übrigbleibe, um ein Aufstehen des Kongresses und damit eine gefährliche neue internationale Spannung zu verhindern. Der Abrüstungskongress, so meinen andere Beobachter, müsse gewissermaßen in Permanenz liegen, vielleicht jahrelang, mit Unterbrechungen, wie einst die Vorbereitende Kommission, und müsse verhandeln, in günstigen Augenblicken Schritt für Schritt

weiterzukommen. Natürlich wären alle diese Pläne für Deutschland heute undenkbar. Sie würden nur eine Stabilisierung der Rüstungswirtschaft bedeuten und damit die ewige Fortdauer unserer Ohnmacht mit allen damit zusammenhängenden Gefahren bedeuten. Wir haben wahrlich lange genug als einzige Erfüller der zweiseitigen Verträge gewartet.

Uebrigens versteht man nicht, warum wir nicht die Sicherheitsfrage, die — richtig verstanden und gut formuliert — nur zu unseren Gunsten wirken kann, viel härter in den Vordergrund stellen. Wenn Artikel 8 des Völkerverbandes festsetzt, daß die Abrüstung der Staaten nur bis zur Grenze der Sicherheit jedes Staates zu erfolgen habe, so geht daraus eben auch hervor, daß wir, die wir diese Grenze seit mehr als zehn Jahren weit unter überschritten haben, berechtigt sind, alles zu tun, um diese natürliche Sicherheitsgrenze schrittweise wieder zu erreichen.

Es zeigt sich im übrigen immer mehr, daß die französische Propaganda

im Gegensatz zur deutschen das Hauptgewicht darauf legt, durch die Presse, gerade auch durch die Presse der Neutralen, für ihre Sache zu werben, während Deutschland allzu viel und auch zu einseitig mit Propagandabroschüren arbeitet, die wohl nur in die Hände der allseitigen Vorkämpfer kommen, von denen sehr viele gar nicht befehle sein wollen. In der „Tribune de Genève“ kann man heute einen Berliner Bericht über eine Militärvermittlung lesen, in der so nebenbei die Bemerkung eingeschoben wird, die deutschen Sportvereinigungen betrieben die militärische Vorbereitung ihrer Mitglieder als einzigen Lebenszweck. Ähnlich heißt die Genfer „Suisse“ Tag für Tag. Und aber, die wir eine durchaus gerechte Sache zu vertreten haben, die sich in allem auf die Wahrheit stützen kann, sieht immer noch die alte alte Platte vor, die unsere klare Rechtsforderung auf gleiche Sicherheit wenigstens den Wohlmeinenden unter den fremden Staaten einlenkend macht.

Der fernöstliche Krieg ruft auch hier natürlich ständig hinter den Kulissen weiter und lenkt die Gemüter ab. Man hat den Eindruck, daß England sich weiter vorgewagt hat, als es durchsichtbar einschlagen läßt, und daß es ihm nicht leicht wird, einen Preisverlust zu vermeiden. Der Völkerverband selbst aber bleibt weiter praktisch ausgedehnt, zumal es sich zur Zeit weniger um grundsätzliche Fragen handelt, als um die mehr lokalen internationalen Interessen in Schanghai.

Aber man hat noch andere Sorgen hier, auch innerhalb der deutschen Delegation. Die Remettfrage bleibt ungeklärt und bedrohlich. Heute wird vielleicht ein weittragender Beschluß in Rom erwartet. Der litauische Außenminister Janukis war hier ganz unangenehm, nicht nur für die Deutschen; und trotz des geringen gültigen Haager Spruches im Streit Danzig/Polen sieht auch Danzig eine große Sorge. Man weiß, daß es in Warschau Politiker und Militärs gibt, die ein litauischer Putsch gegen Remet nicht ruhig schlafen lassen würde.

Von gut unterrichteter Seite wurde mir berichtet, daß sich jetzt erst zu nehmende Männer in Warschau innerlich mit dem Gedanken tragen, einzelne intelligente Stellen auszunutzen, um in einem günstigen Augenblick Danzig anzuheben.

Selbstverständlich würde in Warschau in politischen Kreisen offen über solche Pläne gesprochen. Natürlich mag vom

Gedanken bis zur Tat immer noch ein weiter Weg sein. Aber man sollte in Deutschland doch auch auf diesen Anzeichen erkennen, wie bedrohlich wir in Wirklichkeit ständig sind, und

daß keine deutsche Regierung mehr das Recht hat, Deutschland noch länger schuldlos zu lassen.

Die Rüstungsfrage zwischen den Delegationen geht inzwischen planmäßig weiter. Dabei ist der dringend ausgesprochene Wunsch Brantings, in nächster Woche unmittelbar nach dem englischen Außenminister Simon zu sprechen, abgelehnt worden. Tardieu wird als zweiter reden. Auf ihn folgt noch der Amerikaner Wilson. Man rechnet aber damit, daß der Kanzler noch am Dienstagvormittag zu Worte kommen wird. Am gleichen Nachmittag will er dann schon wieder nach Berlin zurückkehren.

In Konferenzkreisen sieht man der Rede Brantings mit großer Spannung entgegen, da diese Erklärung die Haltung der deutschen Regierung auf der Abrüstungskonferenz grundsätzlich für die weiteren Verhandlungen festlegen wird.

Eine neue Beschwerde der Ukrainer

Genf, 5. Februar. Die ukrainische Minderheit hat dem Generalsekretär des Völkerverbandes nach der unerhörten Abfertigung der ukrainischen Beschwerde wegen der polnischen Terrorakte in Galizien eine neue Beschwerde gegen die polnische Regierung eingereicht mit dem Antrag, daß die polnische Regierung verpflichtet werden soll, die in der Beschwerde dargelegten Verbrechen zu erkennen. In der Beschwerde wird darauf hingewiesen, daß zu dem gleichen Zeitpunkt, als der polnische Außenminister Erklärungen über eine Politik des Ausgleichs und der Befriedung in Galizien abgab, von der Warschauer Regierung ein Geheimentwurf über eine Militärkolonisierung der ukrainischen und der wehrfähigen Gebiete Polens eingebracht wurde, der einen offenen Bruch des Wiener Schiedsvertrages darstellte. Nach diesem Geheimentwurf sollen polnische Soldaten mit ihren Familien unentgeltlich Landstücke in denjenigen Gebieten erhalten, die bisher ausschließlich von Ukrainern und Weißrussen bewohnt sind.

Reynes für planmäßige Kreditausweitung

„Höhepunkt der Finanzkrise überschritten“

London, 5. Februar. In einem Vortrag über die Weltwirtschaftskrise forderte der bekannte englische Wirtschaftler Reynes eine Politik der Geldmarktausweitung und der Preissteigerung in der ganzen Welt. Diese Politik könne man auch kurz und bündig als „Inflation“ bezeichnen. Solange nicht in allen Teilen der Welt eine planmäßige Inflation durchgeführt werde, gebe es keinen anderen Weg als eine allgemeine Erklärung der Zahlungsunfähigkeit und den Verzicht auf das gegenwärtige Kreditverbot, das durch vollkommen neue Formen auf neuer Grundlage ersetzt werden müsse.

Reynes erklärte weiter, daß die Stellung Frankreichs als kreditgebendes Land noch vor Ende 1932 voll kommen untergraben sein werde.

Der englische Kreditmarkt müsse als unerlässliche Voraussetzung zur wirtschaftlichen Wiederholung der Welt gekürzt werden. Er sei jedoch der Ansicht, daß die Finanzen

Von der Wirtschaftspartei zu den Deutschnationalen

Uebereinstimmende Erklärung der sächsischen Führer

Dresden, 5. Februar. Die Führer der Wirtschaftspartei in Sachsen, Finanzminister a. D. Dr. h. c. Weber, Dr. h. c. Obermeyer, Kaller, W. h. v. L., und Diplombankier Hülke haben, wie uns mitgeteilt wird, ihren Uebereinstimmenden Deutschnationalen Volkspartei vollzogen. Sie begründen ihren Uebereintritt in einer Kundgebung damit, daß das Wohl des deutschen Volkes, besonders des deutschen Mittelstandes, durch eine nationale Regierung bedroht sei. Die Wirtschaftspartei habe im Reich ihre nationale Linie aufgegeben, um sich auf einen gemeinsamen Kurs mit den Reichsparteien festzulegen. Dies habe die Verwirklichung des Nationalismus mit der Volkspartei verhindert. Die Kundgebung schloß: „Aus dieser Uebereinstimmung heraus ergibt sich für uns die politische Notwendigkeit, aus der Wirtschaftspartei auszutreten und der Deutschnationalen Volkspartei beizutreten, die unter ihrem Führer Eugen Durringer in der richtigen Erkenntnis der Zeitgenossen durch Verwirklichung der Volkspartei und des nationalsozialistischen Systems schon seit Jahr und Tag heute den besten Weg zur nationalen Wiedergeburt Deutschlands

Harte Gefängnisstrafen im Jedwabnoer Aufstandsprozess

Jedwabno, 5. Februar. Am Freitagvormittag kurz nach 11 Uhr wurde im Jedwabnoer Prozess das Urteil verkündet. Der Vorsitzende wies zunächst auf das außerordentliche Verhalten der Angeklagten während der Verhandlung hin und hat dann, auch das Urteil entsprechend auszusprechen. Der Angeklagte Demitrowitz, der seinen Bruder hatte betreten wollen, wurde vom Gericht als der Hauptschuldige angesehen und erhielt ein Jahr Gefängnis. Die weiteren Angeklagten erhielten ebenfalls Gefängnisstrafen von sechs bis zehn Monaten. Der ursprünglich als Hauptangeklagter angelebende Dankowski erhielt eine Gefängnisstrafe von 100 Mark verurteilt. Alle übrigen Angeklagten — insgesamt waren 105 Personen angeklagt — wurden auf Kosten der Staatskasse freigesprochen.

Vor der Urteilsverkündung durchschritten die Stadt zwei Alarmnachrichten. Der Hauptangeklagte Otto hat am Donnerstag einen leichten Schlaganfall erlitten und ist daher zur Urteilsverkündung nicht erschienen. Die Angeklagte Hedwig Viduhn, die im Laufe des Verfahrens einer Herzerkrankung überworfen wurde, ist am Donnerstag gestorben.

Schweres Autounglück bei Berlin

Ein Staatsanwalt tödlich verunglückt

Berlin, 5. Februar. Am Donnerstag hat sich auf der Chaussee zwischen Rathenow und Berlin ein schweres Autounglück ereignet. Ein Polizeianwalt, das zu einer Uebungsfahrt ausgefahren war und mit Staatsanwälten und Amtsgerichtsräten sowie einem Polizeibeamten als Fahrgenossen besetzt war, geriet auf der Chaussee zwischen Rathenow und Berlin auf dem Sommerweg und stürzte dabei um. Der Verkehrsdirektor bei der Staatsanwaltschaft I Berlin, Staatsanwaltschaftsrat Dr. Vetter, ist dabei tödlich verunglückt. Die anderen Anwesenden, Amtsgerichtsrat Dr. Cronheim, ein Verkehrsrichter, Staatsanwaltschaftsrat Dr. Wolf und Amtsanwalt Dr. h. c. am Steuer des Autos lag, wurden schwer verletzt und in die Berliner Universitätsklinik eingeliefert. Amtsgerichtsrat Dr. h. c. kam mit einem Nervenschock davon.

Englische Zollverhandlungen in Genf

Kopenhagen, 5. Februar. Die „Politiken“ aus Genf melden, daß zwischen Vertretern der Unterzeichnerstaaten des Oslo-Abkommens, Dänemark, Holland, Norwegen und Schweden, und Mitgliedern der englischen Abordnung in Genf zunächst private Verhandlungen über ein Zollabkommen zwischen England und diesen Staaten aufgenommen worden. Der Sonderberichterstatter des Kopenhagener Blattes teilt dazu mit, daß die Engländer, um ein Gegengewicht gegen die Forderungen der Nationen zu bekommen, gern bereit wären, den skandinavischen Staaten und Holland eine Vorzugsstellung einzuräumen. Während für Norwegen und Schweden die Verhältnisse ziemlich einfach lagen, machten sich auf englischer Seite gegenüber den beiden Landwirtschaftsländern Dänemark und Holland Widerstände geltend.

Die sächsischen Konservativen zum Rülz-Aufruf

Dresden, 5. Febr. Der Landesverband der Konservativen Volkspartei in Sachsen hat eine Erklärung abgegeben, in der es heißt: Der Aufruf des Oberbürgermeisters Dr. Rülz zur Wiederwahl des Generalfeldmarschalls v. Dindenburg zum Reichspräsidenten sei geeignet, in der Öffentlichkeit den Eindruck weiszustellen, als ob die deutsche Demokratie mit der Person des Herrn v. Dindenburg besonders verbunden sei. Auch die Konservativen seien von Anbeginn an mit allem Nachdruck für die Wiederwahl Dindenburgs eingetreten, weil sie in ihm den wertvollsten Aktivposten der deutschen Außenpolitik, den unentwegtesten Träger einer am besten besonnenen, aber um so wirksameren Politik zur Abwehr der unerträglichen Lasten von Versailles, den Einleger Deutschlands aber selbständige und gesplittende Parteipolitik hinweg, mit einem Wort, den größten und treuesten Deutschen sähen.

Ein wirdl Maurus g u. v. a.

Schauspielhaus
8 Einen Jux will er sich machen
Musik von Johann Neuberger
Musik von Adolf Müller
Zugler
Matte
Weinberg
Christoph
Krapf
Frau Gertrud
Meißner
Sonderegger
Haupt
Madame Knorr
Frau v. Fischer
Frl. v. Blumenblatt
Ende 1/11 Uhr

Albert-Theater
Gastspiel Hermine Körner
8 Ihr Korporal
Musik von Carl Gustav
Musik von Carl Gustav
Lampel
Rodriguez
Pasta
Therese
Wandelin
Dra
Dr. Falke
Baumann
Nepomuk
Frau Eberl
Sasi
Lorenz
Paul
Hausierer
Ende nach 10 Uhr
Volksbühne: 2281-3618
Bühnenklub: 10101-10208
Sbd. Ein zurückkehrender
Metzsch

Die Komödie
1/8 Ein entzückender
Musikalisches Lustspiel
von Jean de Létraz
Musik von Erwin Stramm
de Villiers
Herminie
Nadine
Simone
Christiane
Liane
Tante Jeanne
Anni
Ende 1/11 Uhr
Volksbühne: 2281-3618
Bühnenklub: 10101-10208
Sbd. Ein zurückkehrender
Metzsch

Residenztheater
Gastspiel des Leipziger
Operntheaters
8 Die lustige Witwe
Operette von Viktor
Léon und Leo Stieis
Musik von Franz Lehár
Bazon Zeta
Borghini
Valentina
Mia
Orat Desilowitsch
Hanna Glawari
Willa
de Rouillon
Adrie
Vicente Cascada
Midi
de St. Rocio
Brook
Bogdanowitsch
Leopold
Sylvain
Kromow
Wit
Oiga
Schals
Pilschitsch
Baltach
Rakowka
Olfert
Niquas
Witbel
Ende gegen 11 Uhr
Bühnenklub: 10101-10208
Sbd. nachm. Die Rüstungs-
sensation, abends Die lustige
Witwe

Central-Theater
8 Im weißen Hölzl
Revue-Operette nach
dem Lustspiel von Blumenthal
und Kadelburg von
Hans Mäder
Musik von Ralph Benatzky
Kalli
Päköla
Oberkater
Joseph Voglhub
Schubert
Hansmeyer
Hedwig
Di. Siedler
Bauer
Gliesecke
Siska
Günne
Kehring
Hirtelmann
Fock
Päköla
Sigmund
Hof
Ende gegen 11 Uhr
Bühnenklub: 10101-10208
und 1251-13000
Sbd. nachm. Meine Schwester
und ich, abends in welcher
Rau

Tischbestellungen nur bei
vorheriger Kartenentnahme
Kostüm erwünscht
Anspracher: 15757, 18742
Autoparkplatz